

(A) (Ministerin Brunn)

mit Studentinnen und Studenten, und wir werden das, was wir erarbeitet haben, zusätzlich noch mit externen Gutachten abstützen.

Das heißt: Wir sprechen uns nicht gegen Gutachten aus, jedoch nützen uns pauschale Untersuchungsaufträge, die uns in unserem Bereich, in dem wir praktisch bereits sehr viel externen Rat einbeziehen, überhaupt nichts. Zum Beispiel haben wir gerade jetzt die Hochschulen gebeten, sich zusammenzutun und selber Vorschläge für eine Prüfungsgemeinschaft der Hochschulen zu entwickeln. Auch diesen Rat werden wir aufnehmen.

An pauschalen Gutachten haben wir aber keinen Bedarf, denn bei uns ist das System der Stellenzuweisung und Stellenbewirtschaftung anders als an den Schulen. Wir halten es angesichts der Überlastung der Hochschulen nicht für sinnvoll, sie durch Pauschalitäten, deren Sinnhaftigkeit für uns nicht zu erkennen ist, zu verunsichern. Ich bitte Sie herzlich, solche Anträge nicht zu unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

(B) **Präsidentin Friebe:** Vielen Dank, Frau Ministerin! - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur **Abstimmung**.

Ich rufe zuerst den **Änderungsantrag** der Fraktion DIE GRÜNEN **Drucksache 11/2902**, zunächst die **Anlage 1 - Kapitel 06 020 Titelgruppe 63 "Förderung der Frauenbeauftragten an den Hochschulen"** -, auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe die **Anlage 2 - Kapitel 06 020 Titel 684 70 "Förderung der Studentenwerke"** - auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Der Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe die **Anlage 3 - Kapitel 06 111 bis 06 510, 06 520 bis 06 580 und 06 670 bis 06 820 "Aufhebung der Stellenbesetzungssperre"** - auf. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, bitte ich um das

Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich stelle fest: Auch dieser Antrag ist **abgelehnt**.

Ich rufe jetzt den **Einzelplan 06** entsprechend der **Beschlußempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 11/2806** auf. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Enthält sich jemand der Stimme? - Ich darf feststellen: Die Beschlußempfehlung ist angenommen. Damit ist der **Einzelplan 06** in zweiter Lesung **angenommen**.

Ich rufe die **Nummer 3** auf:

Einzelplan 03: Innenministerium

Ich verweise auf die Beschlußempfehlung **Drucksache 11/2803**, **eröffne die Beratung** und erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Paus von der Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte es mir leicht machen und wörtlich auf die Rede zurückgreifen können, die ich vor wenigen Monaten, als es um den Haushalt 1991 ging, gehalten habe; denn die Probleme der Polizei, die stets und sicherlich zu Recht im Mittelpunkt der zweiten Lesung des Landeshaushalts stehen, sind seit den Beratungen zum Haushalt 1991 leider unverändert, ja sie haben sich weiter verschärft.

Ich nehme nicht für mich in Anspruch, ein Prophet zu sein, wenn ich vorhersage, daß die Landesregierung bis zum Haushalt 1993, also jetzt in einem Jahr, nicht die Kraft finden wird, eine Gesamtkonzeption 2000 - ich verweise auf den Antrag, den wir zum letzten Plenum eingebracht haben, Herr Innenminister - vorzulegen, vor allem einen realistischen Stufenplan, der die Umsetzung einer solchen Gesamtkonzeption für das Jahrzehnt erwarten läßt.

(Minister Dr. Schnoor ist in Aktenstudium vertieft.)

- Herr Innenminister, vielleicht gelingt es mir, Sie zum Zuhören zu bewegen.

(C)

(D)

(A) (Paus [Detmold] [CDU])

Die Personalsituation der Polizei ist nach wie vor unhaltbar. Der Haushalt verrät nicht die Spur einer Hoffnung, daß sich irgend etwas zum Besseren ändern wird. Von den bescheidenen Ansätzen zur Besserung des Haushalts 1991 ist nichts übriggeblieben. Die Landesregierung hatte erstmals seit dem Stellenabbau der 80er Jahre geringfügige Einstellungen über den Ersatzbedarf hinaus vorgesehen, und auch die SPD-Fraktion, Herr Kollege Frechen, hatte mit einem Zusatzantrag Hoffnungen geweckt. Sie hat zusätzliche Stellen für Anwärter ausgewiesen und erklärt, das sei der Einstieg in ein Programm der kontinuierlichen Verstärkung der Polizei in den 90er Jahren. Diese Ankündigung ist schon beim zweiten Haushalt, sechs Monate später, auf Null abgestürzt.

Herr Kollege Frechen, mit Ankündigungen, die schon nach wenigen Monaten wie Luftballons zerplatzen, büßen Sie Ihre Glaubwürdigkeit ein. Man wird im Lande fragen, ob das, was Sie als Signal zum Einstieg in die Funktionsbewertung anpreisen, das gleiche Schicksal ereilen wird und ebenfalls spätestens beim Haushalt 1993 wie eine Seifenblase zerplatzen wird. Herr Kollege Reinhard, vielleicht sagen Sie gleich etwas dazu.

(B) Wir haben in den zurückliegenden Jahren stets einen in jeder Beziehung gedeckten Antrag zur Personalverstärkung der Polizei eingebracht. Wir haben das auch dieses Jahr getan, und zwar sowohl im Innenausschuß als auch im Haushalts- und Finanzausschuß. Unser Ziel war und ist, das unstreitige Personaldefizit bei der Polizei von 7 500 Stellen noch in diesem Jahr auszugleichen.

Mit Ihren Anträgen zum Haushalt 1991, meine Kollegen von der SPD-Fraktion, haben Sie dieses unser Anliegen unterstützt, unterstrichen und auch die Notwendigkeit herausgestellt, daß wir dieses Personaldefizit abbauen müssen. Die Tatsache aber, daß Sie in diesem Jahr bezüglich Personalverstärkung nichts tun, keine Initiative ergreifen, unsere Anträge ablehnen - das sind wir leider gewohnt -, und das entgegen Ihren vollmundigen Ankündigungen vom Frühjahr dieses Jahres, macht deutlich: Die innere Sicherheit ist kein Schwerpunkt der Landespolitik der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Rau und Schleußer haben angekündigt, daß es auch 1993 und 1994 keine Personalverstärkungen bei der Polizei geben wird. Die Mittel dafür sind wohl, so vermute ich einmal, in geringem Umfang für den Wahlhaushalt 1995 vorgesehen - um die Gemüter zu beruhigen.

Damit, meine Damen und Herren, ist aber die Ausweitung der dramatischen Personalmisere bei der Polizei vorprogrammiert.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Folge, meine Damen und Herren: Entgegen Ihrer Ankündigung, zusammen mit der Neuorganisation der Polizei, Herr Innenminister, wird es im Bereich der Kriminalität auch weiterhin und leider in zunehmendem Maße so sein, daß Kriminalität in unserem Lande schlicht nur noch verwaltet wird.

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist auch gar nicht anders zu erwarten. Es ist die zwangsläufige Folge Ihrer Politik im Bereich der Personalausstattung der Polizei. Wenn die Personalpräsenz bei der Polizei seit den siebziger Jahren im wesentlichen unverändert ist, die Kriminalität sich aber verdoppelt hat, dann ist schlicht und ergreifend nur noch eine Kriminalitätsverwaltung, aber keine Kriminalitätsbekämpfung, die effektiv ist, mehr möglich.

(Zustimmung bei der CDU)

Wer bei zunehmender Arbeitsbelastung kein zusätzliches Personal zur Verfügung stellt und nur mit der Proklamation neuer Schwerpunkte antwortet - das ist seit Jahren Ihre Linie -, der produziert schlicht und ergreifend Frust bei der Polizei.

(Zustimmung bei der CDU)

Eine solche Politik ist unehrlich. Sie ist auch deshalb unehrlich, weil es gerade diese Landesregierung war, die bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit gar nicht schnell genug an die Spitze der Bewegung für

(C)

(D)

(A) (Paus [Detmold] [CDU])

die 35-Stunden-Woche kommen konnte, wohl wissend, daß das bei einem Dienst, der rund um die Uhr geht - zum Beispiel bei der Schutzpolizei -, ohne Personalverstärkung überhaupt nicht geht. Das ist eine unehrliche Politik: auf der einen Seite für die 35-Stunden-Woche zu plädieren und auf der anderen Seite keine zusätzlichen Stellen zu bewilligen.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

- Das verwundert mich nicht, Herr Kollege Schauerte; da sind wir von der Landesregierung in diesem Bereich vieles gewohnt.

Der Gipfel der Unehrlichkeit ist eigentlich, daß es nach wie vor bei der Polizei die 42,5-Stunden-Schicht pro Woche gibt. Das heißt: Jede Woche wird jede Menge Überstunden geleistet, die dann mit Freistunden abgefeiert oder bezahlt werden müssen. Das Ergebnis ist: Die Dienstgruppen bei der Schutzpolizei sind so gut wie nie mit der normalen Stärke an Bord.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich in diesem Zusammenhang noch auf eine Entwicklung hinweisen! Die Entwicklung der Zahl der Beamten, die schon während der Ausbildung oder kurz danach ihren Dienst quittieren, ist in den letzten Jahren, vor allen Dingen in den letzten Monaten alarmierend geworden. Wir werden diese Problematik in den Innenausschuß des Landtags holen. Diese Kündigungen von jungen Beamten sind ein schlimmes Alarmsignal. Die Beamten reagieren damit einerseits auf die ständige Überbelastung, aber auch - und damit komme ich zu meinem zweiten Bereich - auf die derzeit völlig unzureichende Besoldungssituation bei der Polizei.

(B)

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]:
Daran ist der Bund schuld!)

- Ach ja, Herr Kollege Reinhard, Sie werden ja gleich erläutern können, weshalb andere Bundesländer da viel mehr tun können, zum Beispiel das Bundesland Hessen, und weshalb Sie hier die Verantwortung beim Bund sehen.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf des Minister
Dr. Schnoor)

(C)

- Wenn Sie dazu meine Meinung erfahren wollen, Herr Innenminister, würde ich sagen, daß das, was dort geschieht, sicherlich nicht ausreichend ist. Es ist aber im Augenblick mehr, als Sie zugesagt haben: 40 % der gesamten Polizei in den gehobenen Dienst. Wenn Sie dazu in den nächsten zwei Jahren kommen: Gratulation, Herr Innenminister!

(Minister Schleußer: Zugesagt?)

- Der Ministerpräsident des Landes hat zugesagt, daß es in den nächsten Jahren auf 40 % gehobener Dienst kommen soll.

(Ministers Schleußer: Falsch!)

- Sie können das gleich richtigstellen, Herr Schleußer.

Wir sind letztlich, Herr Finanzminister, die Initiatoren dieses Gutachtens. Die Ergebnisse sind überzeugend. Es gibt bislang keine durchgreifende Kritik an den Ergebnissen der Kienbaum-Studie, die ja schlicht sagt: Polizeilicher Dienst auch der Schutzpolizei ist Tätigkeit des gehobenen Dienstes. Auch vom Innenminister haben wir bisher nicht gehört, auch von Ihnen, Herr Schleußer, haben wir nicht gehört, daß das vom Ergebnis und von den Methoden her nicht zutreffend sei. Die Hinweise auf andere Bereiche des öffentlichen Dienstes nach dem Motto, man würde sich gegenseitig hochhieven, können nicht überzeugen. Dieses Gutachten ist im Quervergleich erstellt. Es hat nicht gefragt, wohin die Polizei eigentlich müßte, sondern wo sie in das Besoldungsgefüge eingepaßt werden müßte.

(D)

Mit diesem Gutachten - schon mit dessen Einholung - haben der Innenminister und die Landesregierung bei unseren Polizeibeamten hohe Erwartungen geweckt. Diese Hoffnungen müssen in überschaubarer Zeit eingelöst werden. Dazu gibt es für die Polizeibeamten unseres Landes keine zumutbare Alternative. Denn mit diesem Gutachten ist den Beamten regierungsamtlich bestätigt worden, daß sie seit Jahren unterbezahlt werden. Wenn es Angestellte wären, die nach dem BAT einzugruppieren wären, könnten sie diese Dienstpostenbeschreibung ihres Diensttherm unter den Arm nehmen, zum Arbeitsgericht gehen und sich in eine höhere Vergütungsgruppe einklagen.

(A) (Paus [Detmold] [CDU])

Wir verteidigen, sehr, sehr nachhaltig das Berufsbeamtentum.

(Zustimmung bei der CDU)

Es wäre aber schlimm, wenn hier der Beamtenstatus als Vehikel dazu erhalten müßte, auch über die nächsten Jahrzehnte hin eine chronische Unterbezahlung bei der Polizei zu manifestieren.

(Erneut Zustimmung bei der CDU)

Wir haben einen Antrag vorgelegt, der für sechs Jahre pro Jahr 30 Millionen DM vorsieht, um innerhalb eines - wie wir finden - überschaubaren und auch zumutbaren Zeitraums die Beamten in die Besoldung zu bringen, die ihnen zusteht. Sie, meine Kollegen von der SPD-Fraktion, haben das abgelehnt. Es war schon mehr als abenteuerlich, daß Sie in der letzten Haushaltsberatungssitzung des Innenausschusses keinen Antrag dazu vorlegen konnten. Sie sind von dem Gutachten anscheinend so überrascht worden, daß Sie erst einmal drei Monate darüber nachgedacht haben, was sich aus diesem Gutachten wohl ergeben könnte.

(B) Nachdem Herr Kollege Frechen am Ende der eigentlichen Haushaltsberatung gesagt hatte: "Wir kommen aber noch mit etwas", haben wir gedacht, daß der Berg kreißt und Großes passieren würde. Und dann wurde eine Maus geboren.

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Eine schöne Maus!)

- Was Sie, Herr Frechen, der Öffentlichkeit als Signal, als schöne Maus verkaufen wollen, ist für uns ein Signal für das Unvermögen der SPD, die Rechte der Polizeibeamten durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU)

Sie sprechen davon, das sei ja nur der Auftakt, der Wechsel auf die Zukunft. Nach den Erfahrungen, die wir mit Ihrem großen Personalverstärkungsprogramm von 1991 gemacht haben, können wir es den Beamten im Lande nicht übelnehmen, wenn sie davon nicht mehr viel halten.

(Zustimmung bei der CDU)

(C)

Ich kündige schon jetzt für die dritte Lesung einen Entschließungsantrag an, in dem wir das, was Sie hier als großes Programm ankündigen, beim Wort nehmen, um dann auch in diesem Hohen Hause festschreiben zu lassen, daß das tatsächlich der Einstieg in ein größeres Programm ist. Wenn Sie diesen Entschließungsantrag ablehnen, haben wir schwarz auf weiß, was von solchen Ankündigungen zu erwarten ist.

(Beifall bei der CDU)

Herr Innenminister, ich fände es ganz gut, wenn Sie zumindest jetzt hier im Saal blieben. Ich wollte nämlich einen Sachverhalt ansprechen, den wir seit Jahren im Innenausschuß rügen und der in der letzten Zeit weiter eingerissen ist: das ist Ihr Verhalten im Umgang mit dem Parlament. Ich denke, daß ich da auch auf die Zustimmung der übrigen Mitglieder des Innenausschusses zählen kann.

Die Male, Herr Innenminister, die Sie bei den Sitzungen des Innenausschusses seit Beginn dieser Legislaturperiode - das waren immerhin 18 Sitzungen - anwesend waren, sind an den Fingern einer Hand abzuzählen.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

(D)

Der Gipfel war die letzte Innenausschußsitzung. Sie hatten einer berufsständischen Vertretung für den Landeskongreß konkret den 28.11. als den Termin angegeben, an dem Sie zur Verfügung stehen könnten, wohl wissend, daß seit Jahresbeginn dafür ein Innenausschußtermin angesetzt war.

(Zuruf von der CDU: So ist es! - Weiterer Zuruf von der CDU: Pfui!)

Herr Innenminister, ich denke, das sollten Sie sich zumindest in Ruhe anhören und sich nicht gleichzeitig mit dem Kollegen Burger unterhalten; das zeigt Ihr Verständnis des Parlamentarismus.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

Sie sagen, Sie müssen höflich sein. Ich denke, dann gehört es zum Stil in diesem Hause, daß ein Minister

(A) (Paus [Detmold] [CDU])

sich im Ausschuß präsent zeigt und nicht ständig durch ein Verhalten, wie wir es jetzt am 28.11. erlebt haben, sein Desinteresse an der Arbeit im Innenausschuß dokumentiert.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich zum Schluß noch etwas zur Neuorganisation sagen. Zur Zeit haben wir chaotische Verhältnisse in den Behörden. Wir hatten einen Probelauf gefordert, auch deshalb, weil wir in Wiesbaden gesehen haben, was alles passiert, wenn man ein theoretisches Konzept auf den Weg gibt. Sie wollen jetzt in Nordrhein-Westfalen, daß die Fehler nicht in Modellbehörden gemacht werden, sondern landesweit. Das ist Ihre Entscheidung. Wenn Sie aber zum 01.01.1992 diese Umsetzung dekretieren, dann hätten Dinge wie Geschäftsanweisung, Richtwerteeerlasse und alles, was dazugehört, seit Monaten schon in den Behörden vorhanden sein müssen.

(Beifall bei der CDU)

(B) Jetzt ist das für das Jahresende angekündigt, wo ab 01.01.1992 die Umsetzung starten soll! Zur Zeit wissen nicht einmal die Beamten in den Führungsfunktionen, ob sie sich noch für die neue Führungsfunktion bewerben können. Es weiß keiner genau: Muß man noch fünf Jahre Restdienstzeit haben, noch drei oder vielleicht weniger, oder vielleicht auch sechs oder sieben? Völlige Verunsicherung in diesem Bereich! Ich denke, das ist ein böser Auftakt zu einer Reform, die ihre Ziele in den letzten Monaten zwar deutlich relativiert hat, die aber doch mehr Effektivität und Rationalität bei der Polizei gewährleisten wollte. Bis jetzt hat diese Reform absolute Verwirrung und Verunsicherung bei weiten Bereichen der Polizei bewirkt.

Herr Innenminister, wenn zur Personalmisere und zur chronischen Unterbezahlung jetzt auch noch eine langwierige Lahmlegung durch eine Neuorganisation kommt, werden Sie es endlich geschafft haben, auch noch die letzten Reste von Motivation bei unserer Polizei zu beseitigen.

(Beifall bei der CDU)

(C)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank. - Für die Fraktion der SPD erteile ich das Wort Herrn Abgeordneten Frechen.

Abgeordneter Frechen (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben uns natürlich gefragt, wie in diesem Jahr der Kollege Paus wieder seine Metamorphose durchführen würde. Normalerweise ist er während des Jahres ein sympathischer, sachorientierter Mann, der in vielen Punkten mit uns übereinstimmt. Aber bei den Haushaltsberatungen hier im Plenum mausert er sich dann immer wieder zu einem aktiven, aggressiven Debat-tenredner.

(Zustimmung bei der CDU)

Darauf hatten wir uns an sich heute eingestellt. Nur, Herr Kollege Paus, diese lustlose Pflichtübung, die Sie hier absolviert haben,

(Widerspruch von der CDU)

kann nur darauf zurückzuführen sein, daß Sie zum x-ten Male das vorgetragen haben, was Sie in diesem Jahr und in den vergangenen Jahren immer wieder gesagt haben. Was mich überrascht, ist der Tatbestand, daß Sie ganz offensichtlich die Probleme immer noch so sehen, obwohl sich die Wirklichkeit weitestgehend verändert hat.

(Zuruf von der CDU)

Sie haben gesagt: Die Probleme sind unverändert, ja, sie haben sich verschärft; eine Konzeption fehlt. Sie haben eine Maus hier in die Diskussion gebracht. - Sie scheinen etwas für Mäuse übrig zu haben. Jedes Jahr kommt in Ihrer Rede diese Maus vor. Wahrscheinlich haben Sie ein Maus-Syndrom.

(Zustimmung bei der SPD - Heiterkeit - Zurufe)

Um die ganze Sache auf die Spitze zu treiben: Sie drohen uns jetzt auch noch mit einem Entschließungsantrag. Wir zittern. Vielleicht können Sie uns vorab schon einige wichtige Punkte dieses Entschließungs-

(D)

(A) (Frechen [SPD])

antrages nennen, damit wir uns darauf auch intellektuell einstellen können.

Herr Paus, die Wirklichkeit ist doch anders. Sie wissen das. Wir sind im letzten Jahr - das sagen wir mit berechtigtem Stolz - ein ganzes Stück weit in Sachen innerer Sicherheit in diesem Lande vorangekommen. Das wissen Sie.

(Beifall bei der SPD)

Ich darf Ihnen das im einzelnen an Zahlen vorstellen, die auch beweisbar sind, und ich will mich dabei nicht nur auf Verlautbarungen aus der Presse beziehen, sondern auf Zahlen, die aus den einzelnen Ministerien kommen, und aus dem, was in unserem Haushaltsentwurf steht.

Nehmen wir zunächst den Punkt Ausstattung, hier die IuK-Technik. Da haben wir gegenüber dem Vorjahr rund 10 Millionen DM mehr eingestellt. Es sind 35,7 Millionen DM für die IuK-Technik. Es wird uns damit möglich sein, 80 Wachen des Wach- und Wechseldienstes im Jahre 1992 mit der entsprechenden IuK-Technik auszustatten. Wir gehen davon aus, daß 1993 weitere 120 Wachen ausgestattet werden können, so daß in der ersten Hälfte 1994 alle 250 Wachen ausgestattet sind und die Schreibmaschinen aus den 50er Jahren, die sonst immer in Ihren Reden fröhliche Urständ feiern, dann endgültig ins Polizeimuseum können.

(B)

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Das ist in der Tat so. - Zuruf des Abgeordneten Dorn [F.D.P.])

Wir haben eine aufgaben- und organisationskritische Untersuchung von der Landesregierung gefordert. Es ist unter Beteiligung auch Ihrer Fraktion, der CDU-Fraktion, und der anderen Fraktionen, nun eine Organisationsänderung für die Kreispolizeibehörden vom Innenminister verfügt worden, die, wie ich meine, mit Sicherheit Synergieeffekte bringt, die einmal helfen, die bestehenden Personalprobleme zu lösen, die aber andererseits auch bewirken, daß Aufgabenüberschneidungen zwischen Schutz- und Kriminalpolizei abgebaut werden und Mehrfachzuständigkeiten, wie sie bisher in einer streng spartenorientierten Organisation zwischen S und K und der Abteilung V bestanden, weitestgehend abgebaut werden können.

(C)

Ich verhehle nicht, daß zunächst der Vorschlag, der von einer Arbeitsgruppe des Innenministeriums vorgelegt war, unseren Vorstellungen nicht in allem entsprochen hat. Wir haben gemeinsam im Ausschuß Vorschläge gemacht, die aufgegriffen worden sind. Ich glaube, die Gespräche, die stattgefunden haben, die Kritik, die aufgenommen worden ist, haben dazu geführt, daß die Aufbauorganisation jetzt klarer beschrieben ist, daß ablauforganisatorische Regelungen und Bezüge definiert worden sind, so daß ich optimistisch davon ausgehe, daß nach einer gewissen Zeit der Eingewöhnung in die neue Situation die Arbeit der Polizei effektiver sein wird und von daher das Problem, Herr Paus, das Sie mit Recht angesprochen haben, im Personalbereich, das Defizit an Personalstellen, in etwa aufgefangen werden kann.

Herr Paus, ich darf Ihnen aber auch ein paar Zahlen nennen, weil Sie sagten, die Situation der Polizei hätte sich verschlechtert. Wir haben im Jahre 1989 383 Beamtinnen und Beamte zusätzlich über den Nachersatz eingestellt;

(Zuruf von der CDU: Tatsächlich?)

im Jahre 1990 waren es 300, im Jahre 1991 waren es 700. Darüber hinaus sind Beamtinnen und Beamte aus dem BGS eingestellt worden. Es ist also nicht so, daß wir ein Stagnieren in der Personalsituation haben, sondern wir haben einen Anstieg. Ich räume unumwunden ein, daß es auch uns schwer angekommen ist, daß für 1992 und 1993 - das ist die Aussage des Finanzministers - keine zusätzlichen Einstellungen vorgenommen werden. Das gilt aber nicht nur für den Einzelplan 03, sondern für alle Einzelpläne. Ich glaube, das sollte man auch deutlich sagen.

(D)

Eigentlich hatte ich gedacht, daß insbesondere die CDU, weil ihr doch so viel an der inneren Sicherheit liegt, diese 1000 Stellen, die wir zusätzlich für den gehobenen Dienst als erstes Signal einrichten und die Sie auch dankenswerterweise im Ausschuß mit beschlossen haben, begrüßt und würdigt, daß wir als Land Nordrhein-Westfalen, als Bundesland - -

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Alles eure Anträge? - Weitere Zurufe)

(A) (Frechen [SPD])

- Entschuldigung. Ich war so erschrocken, als Herr Dr. Vesper diese Anträge vorstellte. Ich dachte, es wären Abänderungsanträge zum Einzelplan 03, weil sie jetzt vor Herrn Appel liegen.

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Und alle namentlich!)

- Alle namentlich! Dann werden wir heute wahrscheinlich nicht fertig werden.

Herr Paus, diese 1000 Stellen, die wir zusätzlich einrichten, schaffen darüber hinaus 2000 weitere Beförderungsmöglichkeiten für die Polizei, und zwar 1000 von A 7 nach A 8 und weitere 1000 von A 8 nach A 9. Ich meine, das wäre ein gutes Zeichen für die Polizei, und die Resonanz bei der Polizei, bei den Beamtinnen und Beamten vor Ort, bei den Gewerkschaften wie auch bei den anderen Berufsverbänden ist durchweg positiv.

(B) In Ihrer Rede, Herr Paus, habe ich aber weitestgehend Perspektiven für die Zukunft vermißt. Sie haben nur über das gesprochen, was aus Ihrer Sicht nicht in Ordnung ist. Sie haben dem Innenminister, der Landesregierung Vorwürfe für Versäumnisse in der Vergangenheit gemacht; Sie haben nicht gewürdigt, was in diesem Jahr an Positivem geschehen ist. Insbesondere haben Sie keinerlei Perspektiven aufgezeigt. Sie haben nur gesagt: Es ist kein Konzept da, und haben das eingefordert. Aber daß Sie selbst einmal konzeptionell hier gesagt hätten, das und das wollen wir haben in den und den Zeiträumen, so und so sieht die Ausbildung aus, das alles habe ich in Ihrer Rede vermißt, das haben Sie heute nicht vorgetragen.

(Zuruf des Abgeordneten Paus [Detmold] [CDU])

Lassen Sie mich dazu sagen: Ich meine, auch bei der Beratung eines Einzelplanes sollte man Perspektivisches nicht aussparen.

Ich räume ein, es ist eine Menge zu tun für die Polizei. Das ist überhaupt keine Frage, und wir haben dies in einem Fünf-Punkte-Programm, das Sie kennen, Anfang Januar dieses Jahres klar beschrieben.

(C)

Präsidentin Friebe: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Abgeordneter Hussing?

(Abgeordneter Frechen [SPD]: Wenn das nicht von meiner Zeit abgeht; ich kann der Frau Abgeordneten so schlecht etwas abschlagen.)

Abgeordnete Hussing (CDU): Herr Abgeordneter! Sind Sie in der letzten Plenarsitzung nicht da gewesen, und haben Sie nicht mit Ihrer Fraktion unser Konzept "Polizei 2000" abgelehnt? Wenn Sie es vorher einmal gelesen hätten, wäre es vielleicht nicht dazu gekommen, daß Sie es abgelehnt hätten. Dann hätten Sie klar und deutlich unsere Vorschläge und Vorstellungen darin erkennen können.

(Abgeordneter Reinhard [Gelsenkirchen] [SPD]: Das ist doch überwiesen worden!)

Abgeordneter Frechen (SPD): Frau Abgeordnete! Ich bin Ihnen dankbar. Wenn Sie diesen Antrag von der letzten Plenarsitzung meinen, so sage ich Ihnen, daß ich den nicht als Konzept begriffen habe, sondern als eine Aneinanderreihung dessen, was eben der Kollege Paus vorgetragen hat - eine Auflistung von Versäumnissen ohne jegliche Perspektive für die Zukunft. Aber ich nehme das zur Kenntnis, daß das ein Konzept gewesen sein soll.

(D)

(Abgeordneter Dorn [F.D.P.]: Man muß auch lesen können! - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wenn Sie so weiterreden, ist keiner mehr hier!)

Eine aufgabenkritische Untersuchung, die wir gefordert haben, muß auch die Frage mit beinhalten, ob der bisherige Aufgabenbereich der Polizei eigentlich so noch aufrechterhalten werden kann. Ich will einige Beispiele nennen.

Ist es richtig, daß insbesondere an den Wochenenden die Polizei Aufgaben für andere Behörden, insbesondere Ordnungsbehörden, übernimmt? Darüber erhoffen wir uns näheren Aufschluß durch unsere Große Anfrage, die wir im Mai eingebracht haben und von der wir hoffen, daß sie Anfang des Jahres beantwortet und hier im Plenum diskutiert werden kann.

(A) (Frechen [SPD])

(Abgeordneter Krömer [CDU]: Sollen den Städten und Gemeinden noch mehr Lasten aufgebürdet werden?)

Eine weitere Frage ist, ob wirklich alle Verkehrsdelikte von der Polizei aufgenommen werden müssen. Die Frage ist zu stellen, inwieweit die Polizei auf Dauer Hilfsinstrument von Versicherungen sein kann und sein darf.

Ein weiterer Punkt ist, ob der Personen- und Objektschutz auf Dauer von der Polizei wahrgenommen werden muß. Darüber muß diskutiert werden.

Schließlich ist auch nicht einzusehen, daß die Polizei auf Kosten des Steuerzahlers den Stadionschutz übernehmen soll, während auf dem Rasen eine kleine, wenn auch hochqualifizierte Minderheit von Rasentechnikern Millionen DM einstreicht.

Ich glaube, daß dem Beamten, der ein Grundgehalt von 2 000 DM hat, das auf Dauer genausowenig einleuchtet wie dem Bürger, der dafür kein Verständnis aufbringt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

(B) Das sind nur einige Punkte, die sich als Perspektivfragen anbieten.

Was ganz wichtig ist - und das haben wir auch angesprochen -, ist, inwieweit es möglich ist, die Funktionsbewertung, von der ich gerade überraschenderweise hörte, Herr Paus, daß Sie sie in Auftrag gegeben haben - -

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

- Ich habe das eben so verstanden, daß Sie diejenigen gewesen wären, die das initiiert haben. Tatsächlich ist es anders gewesen. - Diese Funktionsbewertung soll umgesetzt werden; da sind wir uns ja einig. Sie haben gesagt, damit wären wir bei den Ländern ziemlich weit hinten. Herr Paus, ich weiß nicht, woher Sie dieses nehmen. Bisher hat lediglich das Land Hessen 750 Beamte des mittleren Dienstes in den gehobenen Dienst überführt, und zwar 610 aus dem S-Bereich und 140 aus dem K-Bereich.

(C)

Alles andere sind bisher Absichtserklärungen der Länder. Wenn ich diese Absichtserklärungen zusammenfasse, gibt es kein Land, das bereit ist, zu 100 % die Beamtinnen und Beamten in den gehobenen Dienst zu überführen. Kein Land! Das Land, das am höchsten geht, ist das Land Hessen, das will auf 60 % kommen. Ich kann Ihnen die Zahlen, wenn Sie das wollen, alle im einzelnen nennen.

Ganz interessant ist das Land Baden-Württemberg. Da ich davon ausgehe, daß Sie das, was Sie sagen, besonders in den Bereichen versuchen umzusetzen, wo Sie die Möglichkeiten dazu haben, darf ich Ihnen die Zahlen des Landes Baden-Württemberg einmal nennen, und zwar aus einer Unterlage des Innenministeriums des Landes Baden-Württemberg. Der Ist-Stand 1990 ist: 17,9 % sind im gehobenen Dienst, Schutzpolizei und Kriminalpolizei zusammengefaßt. Angestrebt werden im S-Bereich 30 % und im K-Bereich 80 %, insgesamt 40 %. Das ist Baden-Württemberg. Sie wissen auch, daß in Baden-Württemberg in der vergangenen Woche eine Demonstration mit über 8 000 Polizeibeamten gegen die von Ihrer Partei geführte Regierung stattgefunden hat.

In Bayern sind es im Moment 19,2 %; angestrebt wird insgesamt ein Anteil von 30 %.

(D)

Das sind nur zwei Länder - in mehr haben Sie ja im Augenblick nicht die politische Verantwortung -,

(Heiterkeit bei der SPD)

die mit diesen Prozentsätzen, die ich gerade genannt habe, die Überführung durchführen wollen. Das liegt weit hinter dem zurück, was SPD- und SPD/GRÜNE-regierte Länder, allerdings - mit Ausnahme von Hessen - bisher nur per Ankündigung, vorhaben.

Nordrhein-Westfalen - nur zur Information, damit Sie auch diese Zahlen haben - hat im Augenblick 24,1 % der Beamtinnen und Beamten bereits im gehobenen Dienst und liegt damit bei den Flächenländern an zweiter Stelle. Das sind die Fakten, entnommen einer Unterlage des baden-württembergischen Innenministeriums; ich kann Ihnen das gern zur Verfügung stellen. Insofern sollten Sie doch bei der Wahrheit bleiben.

(A) (Frechen [SPD])

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das sollten wir alle, Herr Frechen!)

- Herr Dr. Vesper, Sie sagen ja nicht oft etwas Vernünftiges, aber hier kann ich Ihnen uneingeschränkt zustimmen.

Herr Paus, ich meine, wir sollten nicht zuletzt wegen der Adventszeit, in der wir uns befinden, gemeinsam - -

(Abgeordnete Böckelmann [CDU]: Ach nein!)

- Sie haben doch offensichtlich eine besondere Beziehung nach oben; deswegen schauen Sie auch jetzt so andächtig hoch. - Wir sollten doch viel mehr versuchen, die Probleme, die wir ähnlich sehen, gemeinsam anzugehen, als hier im Plenum den Eindruck zu erwecken, die Landesregierung würde ihre Hausaufgaben nicht machen, die SPD-Fraktion wäre nicht in der Lage, sich durchzusetzen, und nur von Ihnen käme das Heil. Das ist nicht der Fall, wie

(Abgeordneter Paus [Detmold] [CDU]: Wie meistens!)

(B) die Verhältnisse in Baden-Württemberg und in Bayern unmittelbar zeigen.

Deswegen mache ich Ihnen das Angebot - was auch Frau Larisika-Ulmke in der letzten Sitzung des Innenausschusses gesagt hat -, daß wir gemeinsam versuchen, in der Sache der inneren Sicherheit bei den immer enger werdenden finanziellen Ressourcen ein Stück weiterzukommen. Ich glaube, das ist sehr viel besser, als wenn wir hier Fensterreden halten. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber Sie haben erst mit dem Schimpfen angefangen!)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile der Frau Kollegin Larisika-Ulmke für die F.D.P.-Fraktion das Wort.

Abgeordnete Larisika-Ulmke (F.D.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Fre-

chen, ich bedanke mich für die freundliche Erwähnung. Ich bin mit Ihnen der Meinung, daß wir gemeinsam an einem Strick ziehen sollten. Nur stelle ich zu meinem Bedauern immer wieder fest, daß wir Anträge stellen und stellen können, und es bewegt im Grunde genommen nicht viel.

(Zustimmung der Abgeordneten Hussing [CDU])

Das finden wir dann häufig bei Ihnen wieder. Trotzdem gebe ich den Mut nicht auf.

Aber ich bin mit Ihnen der Meinung, wir sollten diesen Tag nicht - ich möchte es wirklich einmal sagen - unter das Motto stellen: Reden, die die Welt bewegten. Ich habe keine Lust, eine Fensterrede zu halten; dazu bin ich nicht willens. Es sind so viele Dinge gesagt worden, wir haben im Ausschuß ausführlich diskutiert. Es hat keinen Sinn, hier noch sehr viel zu sagen, es wiederholt sich alles. Ich habe auch keine Lust, hier über Erstgeburtsrechte von irgendwelchen Anträgen zu streiten.

Wir haben draußen eine Gruppe von Kroaten sitzen, die mit uns ihre ganz drängenden Probleme besprechen möchten. Ich bin ganz ehrlich: Ich habe keine Lust, dem lieben Gott die Zeit zu stehlen, die er uns geborgt hat und die sehr viel wichtiger ist, als Ihnen und mir die Zeit zu stehlen. Ich denke, das Gespräch draußen ist wichtiger; ich mache es deswegen ganz kurz: Wir lehnen den Haushaltsplan 03 ab.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Endlich eine wahrheitsgemäße Aussage!)

Vizepräsident Dr. Klose: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Appel. Ich erteile Ihnen das Wort, Herr Kollege, für die Fraktion DIE GRÜNEN.

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, Frau Kollegin Larisika-Ulmke, daß das nun nicht als Ankündigung zu verstehen ist, daß die F.D.P. in Zukunft grundsätzlich Politikabstinenz betreiben wird.

(C)**(D)**

(A) (Appel [GRÜNE])

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Das weiß man noch nicht! - Abgeordneter Meyer [Westerkappeln] [F.D.P.]: Mit den Jahren werden Sie sicher auch ruhiger!)

- Das wird vielleicht noch ein bißchen dauern. Es kommt darauf an, wie sich die politischen Verhältnisse in diesem Lande ändern, Herr Kollege.

Wenn wir den Innenhaushalt diskutieren, dann sollte das Gelegenheit sein, auch das, was die Landesregierung an Zahlen in diesem Haushalt niederschreibt, politisch zu werten. Vieles ist von meinen Vorrednerinnen an Strukturen festgemacht worden. Aber hinter Strukturen und Zahlen verbirgt sich in der Regel eine ganze Menge Politik. Als GRÜNEN-Abgeordneter muß ich Ihnen sagen: Wir sind auch mit dem, was das Innenministerium in Nordrhein-Westfalen bisher tut, bei weitem nicht zufrieden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

- (B)** Wir GRÜNEN - das wird Sie vielleicht wundern - kämpfen für eine qualifizierte Polizei, und insoweit sehen wir nach wie vor Defizite auch in Nordrhein-Westfalen. Nach wie vor muß die Ausbildung der Polizeibeamten und -beamtinnen verbessert werden, müssen sich Beamte heute erst für viele Bereiche nachträglich im Job qualifizieren, was nach unserer Meinung in der Ausbildung geschehen muß. Oft geschieht dies heute erst im Streifendienst, wenn die jungen Leute draußen sind und dann mit Sachverhalten konfrontiert werden, auf die sie im Unterricht nicht genügend vorbereitet worden sind. Wenn man - ähnlich wie es in der Referendarausbildung von Juristen und Juristinnen der Fall ist - einmal darüber nachdächte, schon in die Ausbildung immer wieder Praxisteile einzubauen oder es später den jungen Beamtinnen und Beamten eine Zeitlang zu ermöglichen, sich langsam einzuarbeiten, dann wären vielleicht einige Probleme, die auftauchen und bei denen sie sich heute im Berufsstreß das Wissen anlesen oder erarbeiten müssen, eher gelöst. Insoweit müßte ihnen also mehr Hilfeleistung gegeben werden.

Wir stehen nach wie vor zu unserem Vorschlag, daß Polizisten genauso wie Lehrer nicht auf die Gesellschaft losgelassen werden sollten, ohne sie zu kennen.

(C)

Die beste Voraussetzung wäre - das habe ich in bezug auf Lehrer auch immer gesagt -, wenn sie vorher einen "richtigen Beruf" erlernt hätten. Ich wünsche mir, daß wir in Zukunft zu einer Polizeiausbildung kommen, die es zur Voraussetzung macht, vorher eine abgeschlossene Berufsausbildung zu haben.

Wir GRÜNEN wollen - auch das sage ich - weniger Polizei. Wir glauben nicht, wie es insbesondere die CDU, aber leider auch die SPD in den meisten Bundesländern sehr schnell tut, daß wir mehr Polizei brauchen, weil die Zahl der Aufgaben gestiegen ist. Darüber, warum die Zahl der Aufgaben gestiegen ist, machen sich die Innenpolitiker meist nur wenige Gedanken. Sie kurieren eigentlich immer an den Symptomen.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es sehr viele gesellschaftliche Aufgaben gibt, die heute auf die Polizei abgeladen werden. Dafür möchte ich ein paar konkrete Beispiele auch aus der Landespolitik nennen. Wie in der Asylpolitik gibt es auch hier eine wunderbare Beziehung zwischen Herrn Schnoor und Herrn Heinemann. Einiges - das werde ich Ihnen aufzuzeigen versuchen - geht zu Lasten des Herrn Schnoor, was Herr Heinemann eigentlich als seine Sache ansehen müßte.

(D)

Ich beginne bei der Situation der Nichtseßhaften und der Menschen, die, wie ich einmal formulieren möchte, aufgrund ihrer Obdachlosigkeit, aufgrund ihrer sozialen Lage statistisch und gar nicht unbedingt strafrechtlich gesehen sehr oft Kontakt mit der Polizei haben. Das sind sehr viele Nichtseßhafte, das sind Menschen, die Opfer der Zweidrittelgesellschaft sind. Diese sind Opfer der Sozialpolitik, insbesondere auch der Sozialpolitik auf Bundesebene der - in Anführungsstrichen - "christ-liberalen" und "sehr sozialen" Koalition. Ihrer Politik ist es zu verdanken, wenn sich die Zahl der Nichtseßhaften in der Bundesrepublik von etwa 60 000 1978 auf inzwischen über eine Million gesteigert hat. Daß diese Menschen oft von der Polizei nach Hause, ins Wohnheim oder in die Ausnüchterungszelle gebracht werden, weiß jeder; denn es gibt fast keine Sozialdienste, die sich um diese Menschen kümmern.

Fehlende Drogenprävention! Wir haben im Einzelplan des Innenministeriums einen Ansatz für die Anti-

(A) (Appel [GRÜNE])

Drogen-Disco. "Das ist ja eine schöne Sache", könnte ich sagen. Aber eigentlich ist es nicht die Aufgabe des Herrn Innenministers, über die Gefahren und Folgen des Drogenkonsums in dieser Gesellschaft aufzuklären. Seine Polizei soll irgendwie damit umgehen, d.h. sie soll die damit im Zusammenhang stehende Kriminalität bekämpfen. Was macht Herr Schnoor? Er tut etwas eigentlich ganz Richtiges, übernimmt damit aber Aufgaben, die eigentlich vom Sozialetat wahrgenommen werden müßten. Die Landesregierung müßte also vom Polizeietat in den Jugendhaushalt umschichten. Bis heute gibt es keine besonderen Mittel für Jugendarbeit und Jugendverbände zur Drogenaufklärung und zu drogenpolitischen Projekten. Und das finde ich, Herr Heinemann, der Sie nicht da sind, mit Verlaub gesagt, beschämend.

Ich glaube auch, daß eine falsche Drogengesetzgebung oder -prävention dazu führt, daß unsere Polizei in erster Linie mit abhängigen Heroinsüchtigen, d. h. Kranken, die sie kriminalisieren muß, und mit anderen Menschen zu tun hat, die z. B. Haschisch oder Marihuana konsumieren, die meines Erachtens völlig zu Unrecht kriminalisiert werden. Hierdurch wird unheimlich viel Arbeit der Polizei gebunden. Hier wird Arbeit hineingesteckt. Hier wird Personal verschleudert, anstatt sich um die wirklich wesentlichen Dinge zu kümmern.

(B)

(Beifall des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Es wäre notwendig, hier mit dem Mittel der Entkriminalisierung der Polizei eine wesentliche Entlastung herzustellen.

Das gleiche gilt für Polizeieinsätze bei Fan-Übergriffen im Zusammenhang mit Fußball-Bundesligaspielen. Was passiert? Wir haben einen gesellschaftlichen Mißstand. An diesem Mißstand sind insbesondere 20 Fußball-Bundesligavereine ursächlich beteiligt, die Millionen und Abermillionen für Transfers von Spielern und Trainern, für Ablösesummen auf die Bank bringen, hin- und herschieben und Kapital in riesigen Umsätzen transferieren. Diese Bundesligalubs - ich sage einmal: im wesentlichen stinkreiche mittelständische, wenn nicht fast schon große Unternehmen - haben mit ganz wenigen Ausnahmen nicht einmal

40 000 oder 80 000 DM übrig, um damit ein Fan-Projekt zu finanzieren.

Die wundern sich dann, wenn der Innenminister sagt: "Das kann eigentlich so nicht mehr weitergehen." Ich bin der Meinung, das kann überhaupt nicht mehr so weitergehen, daß die Clubs nur die wirtschaftliche Seite ihrer Tätigkeit sehen und daß die andere Seite, die soziale Seite, überhaupt nicht getragen wird.

Auch hier, denke ich, muß ein Sozialprogramm gemacht werden. Hier muß die Landesregierung Fan-Projekte landesweit initiieren und unterstützen und hierzu auch die Bundesligavereine zur Kasse bitten. Das kann nicht auf dem Rücken der Polizei ausgetragen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie können auch nicht - jedenfalls wir GRÜNE wollen das nicht - in diesem Land Fußballstadien haben, die wie Hochsicherheitstrakte aussehen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Sehr richtig!)

Das ist aber die derzeitige Tendenz. Diese Beispiele machen deutlich, daß eine fehlerhafte Sozialpolitik und eine falsche Rechtspolitik dazu führen, daß die Polizei die heutige hohe Belastung hat, die sie hat.

(D)

Es gibt auch ganz primitive Schritte, die Polizei zu entlasten. Das fängt mit dem Notrufdienst an. Ich habe es Ihnen schon ein paarmal vorgeschlagen: Versuchen Sie doch einmal in Ihrer Kommune durchzusetzen, daß es einen einheitlichen Notruf 110 gibt, an dem nicht die Polizei gleich dran ist, sondern eine Sozialberatung, die dann entscheidet: Ist die Polizei, ist die Kirche oder ist die sonstige Sozialstation gefragt? Natürlich kann sie in Notfällen zur Polizei sofort durchstellen, wobei es noch eine extra Polizeirufnummer gibt. Die 113 ist bundesweit frei, habe ich mir einmal von Fachleuten erklären lassen. Machen Sie das doch einmal! Dann werden Sie sehen, daß in Familienstreitigkeiten vielleicht nicht unbedingt gleich die Polizei geholt werden muß, sondern daß es andere Sozialdienste gibt oder diese möglicherweise geschaffen werden müssen.

(A) (Appel [GRÜNE])

Drittens: Wir möchten eine gut bezahlte Polizei. Wenn wir weniger Polizei haben, die sich auf die richtigen Aufgaben konzentrieren kann, dann können wir uns auch weniger Polizei leisten, aber wir müssen sie auch gut bezahlen.

Das Kienbaum-Gutachten hat für uns GRÜNE sehr interessante Tatbestände zutage gefördert. Wir unterstützen die Intention, die dahinter steht. Ich denke, daß die Polizeibeamtinnen und -beamten, die vor Ort für die Menschen Dienst tun, es verdienen, anständig bezahlt zu werden, daß sie es verdienen, für ihren hohen persönlichen Einsatz entsprechend entschädigt zu werden, und das nicht nur in einer Gehaltsstruktur, in der es wer weiß wieviel Besoldungsgruppen und Untergruppen und auch noch Zulagen gibt.

Ich habe einmal nachgelesen, es gibt sogar unterschiedliche Kleiderzulagen für den normalen Streifen-dienst und für die Beamten in den Polizeimusikcorps. Bei den einen beträgt die Reinigungszulage im Jahr 90 DM, bei den anderen 60 DM, weil sie sich wohl nicht so oft die Jacke dreckig machen.

Wenn wir die Polizistinnen und Polizisten anständig bezahlen, ersparen wir uns derartige Bürokratie; dann ersparen wir uns auch ein derartiges Zulagensystem.

(B) Wenn wir gleich ein anständiges Grundgehalt haben, können wir wahrscheinlich auch in der Verwaltung, die solche Dinge ausrechnen muß, eine ganze Menge von Leuten und von Stellen einsparen.

Einen letzten Punkt, der natürlich im Zusammenhang mit der Polizeiarbeit immer interessant ist, ist die Frage: Was macht eigentlich die Polizei in Sachen Umweltkriminalität? Johannes Rau - ich kann mich noch an die Plakate aus dem Jahre 1985 erinnern - hatte ein großes Plakat hier in Nordrhein-Westfalen aufstellen lassen. Da war unser Ministerpräsident, der damalige Kandidat drauf, unter dem Satz: "Umwelt-sünder hart packen!". So, das sah richtig hart packend aus.

Wenn man sich dann anguckt, was so im Landeshaus-halt für die Beschaffung von Gerät zur Aufklärung von Umweltkriminalität enthalten ist, sind das schlap-pe 380 000 DM. Bei der Beschaffung von Geräten zur Verkehrsüberwachung sind es 900 000 DM. Ich finde, das ist eine interessante Differenz. Ich will jetzt

(C)

gar nicht den Innenminister schelten, daß er da nicht den Etat verdoppelt oder verdreifacht hat. Wir müssen nicht nur dazu kommen, diese Dinge polizeipolitisch zu bekämpfen, sondern wir müssen gleichzeitig zur Kenntnis nehmen, daß nur 5 % der in die Umwelt eingeleiteten giftigen Emissionen illegal stattfinden und 95 % der Emissionen legal stattfinden - aufgrund der Umweltgesetzgebung.

Wir müssen uns dann nicht wundern, wenn bei der Bekämpfung der Umweltkriminalität in den nächsten Jahren wahrscheinlich immer nur nach dem Motto verfahren wird: Na ja, die Kleinen werden angezeigt, die Kleinen wird man auch schnappen; aber die Gro-ßen wird man überwiegend nicht zur Rechenschaft ziehen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Appel, wol-len Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Trini-us zulassen?

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Ja, bitte!)

Abgeordneter Trinius (SPD): Herr Kollege Appel, wenn Sie zu einem sachgerechten Urteil kommen wollen, müssen Sie dann nicht auch die Aktivitäten der Staatsanwaltschaften und der Gerichte bei der Bekämpfung der Umweltkriminalität und Wirtschafts-kriminalität mit einbeziehen? Müssen Sie dies nicht erweitern, weil Sie sonst die Tätigkeit der Polizei und des Landes Nordrhein-Westfalen insgesamt nur un-vollständig erfassen?

(D)

Abgeordneter Appel (GRÜNE): Herr Kollege, ich gebe Ihnen da zum Teil sogar recht. Es ist richtig, ich muß natürlich auch sehen, was die Staatsanwaltschaft macht. Aber ich muß in erster Linie die Gesetzeslage sehen, und in zweiter Linie muß ich wissen, wenn ich Umweltverschmutzung, Umweltkriminalität bekämp-fen will, was kriminalisiert ist. Da sage ich Ihnen: Es ist sehr wenig kriminalisiert.

Es wäre wesentlich wichtiger, statt zu kriminalisieren, den Bereich der legalen Emissionen zu begrenzen. Das will ich gar nicht mit polizeilichen, staatsanwalt-schaftlichen Mitteln, sondern ich würde Ihnen anbie-

(A) (Appel [GRÜNE])

ten: Wir machen ein allgemeines Akteneinsichtsrecht. Da werden die Konzerne schreien, da werden Sie vielleicht auch schreien, aber da werden viele Bürgerinitiativen und Menschen aufgeklärt, wie viele Emissionen in diesem Land stattfinden. Dann könnten sie wahrscheinlich wirkungsvoller dagegen vorgehen als mit polizeilichen Mitteln.

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Na, also!)

Bei einem Klima, bei dem wir es nach wie vor mit Fremdenfeindlichkeit in diesem Lande zu tun haben, möchte ich an dieser Stelle ein Wort zur Diskussion innerhalb der Polizei sagen. Die GRÜNEN wünschen sich eine mündige, eine diskussionsfreudige Polizei. In dem Zusammenhang bin ich der Gewerkschaft der Polizei sehr dankbar, die in ihren letzten Publikationen sehr eindeutig gegen Fremdenfeindlichkeit und Fremdenhaß Stellung genommen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde das sehr gut. Ich wünsche mir auch, daß solche Diskussionen in der Polizei weiter stattfinden. Wenn es den einen oder den anderen Kollegen dort geben sollte, der ausländerfeindlich denkt - das kann ja passieren -, kann man das nicht per Erlass verbieten, sondern man muß es ermöglichen, daß die Kolleginnen und Kollegen untereinander offen diskutieren können. Nur das Offenlegen, das offene Diskutieren über Mißstände bringt uns weiter. Das macht die Polizei zu einer demokratischen Polizei, und dafür bin ich.

Ein letztes: Wir GRÜNEN setzen uns für eine rechtsstaatliche Polizei ein. Das heißt auch - und das muß ich dieses Jahr wieder ansprechen -, daß wir nach wie vor der Meinung sind, daß die Landesregierung nicht daran teilnehmen sollte, verdeckte Ermittler einzusetzen.

Wir haben gerade wieder ein Beispiel: Im südlichen Nordrhein-Westfalen gibt es derzeit einen Prozeß, in dem ein verdeckter Ermittler aus Birma eine Rolle spielt. Er ist in ein Drogengeschäft verwickelt und Belastungszeuge. Birma, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist ein Staat, der vor wenigen Tagen dadurch in die Schlagzeilen geraten ist, daß eine prominente Oppositionelle den Friedensnobelpreis

bekommen hat. Amnesty International hat dazu einen Bericht vorgelegt, welche Menschenrechtsverletzungen in Birma stattfinden. Ich finde es, mit Verlaub, peinlich, wenn Polizeiarbeit so weit geht, daß verdeckte Ermittler aus einem solchen Land hier in der Bundesrepublik tätig werden können. Ich hoffe, daß dies ein Einzelbeispiel für polizeiliche Zusammenarbeit ist.

Wir haben Ihnen - damit komme ich zum Schluß - in den Haushaltsberatungen Anträge zur Entschädigung von NS-Opfern vorgelegt. Wir haben diese Anträge auf Bitten aller Fraktionen, weil bisher die rechtliche Grundlage dafür fehlt, dieses Mal zurückgestellt.

Ich kündige Ihnen hier an - ich habe von allen Fraktionen im Innenausschuß signalisiert bekommen, daß sie diesem Thema Aufmerksamkeit widmen und daß wir dazu eine Anhörung haben werden -, daß wir noch vor Weihnachten einen Gesetzentwurf in diesen Landtag einbringen werden. Ich wünsche mir, daß dieser mit der gebotenen Sorgfalt von uns allen behandelt wird. - Schönen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich erteile Herrn Innenminister Dr. Schnoor das Wort.

Innenminister Dr. Schnoor: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist nicht zu verkennen, daß es im Personalsektor der Polizei Schwierigkeiten gibt. Wenn ich einen Stellenvergleich vornehme und die Belastungszahlen der Polizei 1980 und 1988 vergleiche, komme ich, Herr Paus, in der Tat zu dem Ergebnis: Man brauchte, um die gleiche Arbeitsleistung zu haben, rund 7 500 zusätzliche Stellen. Das Defizit ist nicht voll ausgeglichen; da haben Sie völlig recht.

Nur gehört es auch zur Korrektheit der Darstellung, zur Kenntnis zu nehmen, daß inzwischen über den Ersatzbedarf hinaus 1 500 zusätzliche Einstellungen vorgenommen worden sind. Diese sind von dem Defizit abzuziehen.

Es gehört des weiteren dazu, Herr Kollege Paus, daß auf Antrag der SPD-Fraktion jetzt zusätzlich 1 000

(C)**(D)**

(A) (Minister Dr. Schnoor)

Stellen des gehobenen Dienstes in den Haushalt aufgenommen werden sollen. Das ist ja insgesamt auch eine Personalvermehrung, und auch das muß man abziehen.

Auf ein weiteres habe ich auch hingewiesen, Herr Kollege Paus: daß es zur Beseitigung des Stellendefizits nicht möglich ist, immer nur Personal einzustellen, sondern daß der verstärkte Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnik auch zu einer Entlastung führen soll. Ich bewerte dies einmal mit einer Größenordnung von rund 2 000 Stellen.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Innenminister, wollen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Paus zulassen?

(Minister Dr. Schnoor: Ja, bitte.)

Bitte schön!

Abgeordneter Paus (Detmold) (CDU): Herr Innenminister, bei einer umfassenden Darstellung muß man ja auch in die Rechnung einbeziehen, was in den 80er Jahren abgebaut worden ist. Würden Sie uns das vielleicht noch mitteilen?

(B)

Innenminister Dr. Schnoor: Herr Kollege Paus, das ist eingerechnet worden. Ich habe genau den Stellenvergleich zu 1980 vorgenommen. Sie haben recht, es hat danach einen Abbau gegeben, aber der ist wieder ausgeglichen worden. 1988 haben wir gegenüber 1980 ein Defizit von 7 500 Stellen, und von diesem Defizit sind, wenn das beschlossen werden sollte, was die SPD-Landtagsfraktion dankenswerterweise beantragt hat - ich bin darüber sehr glücklich -, insgesamt 2 500 Stellen ausgeglichen. Das muß man jedenfalls auch zur Kenntnis nehmen.

Das zweite Problem, das ich hier ansprechen möchte, ist die Frage der Besoldung der Polizeibeamten. Ich teile das, was Herr Appel vorgetragen hat, daß wir wie bei den Lehrern die Auffassung vertreten sollten: So wie zur Erziehung der Kinder der Qualifizierteste gerade gut genug ist, müßte für den Umgang mit den Bürgern, für die Kompetenz, in Grundrechte der

(C)

Bürger eingreifen zu dürfen - und diese hat die Polizei - auch der Qualifizierteste gerade richtig sein. Deswegen bin ich wie Sie der Meinung, daß die Ausbildung der Polizei verbessert werden muß. Ich bin ebenfalls wie Sie der Meinung, daß bei der Besoldung etwas getan werden sollte.

Ich weiß, daß die Kollegen der Polizei in dem Punkt unzufrieden sind. Aber ich muß dazu auch einmal eines sagen: Es ist nicht so einfach, in Zeiten, in denen Haushalte konsolidiert werden müssen und in denen wir überall Restriktionsprobleme haben, nicht nur in Nordrhein-Westfalen, gleichzeitig so ehrgeizige Projekte wie die Funktionsbewertung vorzulegen.

Ich habe sie vorgelegt, meine Damen und Herren. Kein anderes Land kann auf eine wissenschaftlich fundierte Funktionsbewertung verweisen. Wir sind die einzigen. Die anderen Länder hängen sich daran; ich bin dankbar, ich habe nichts dagegen. Dann hat man doch wenigstens einmal zu Kenntnis zu nehmen, daß hier eine Regierung und auch der Landtag - Sie sollten Ihr eigenes Licht nicht unter den Scheffel stellen; Sie haben das ja alles mit unterstützt - sich bemühen, die Dinge voranzubringen.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Man kann aber doch einfach nicht erwarten, daß ein solches Projekt - es ist ja fast ein Jahrhundertprojekt -, die Besoldung der Polizeibeamten zu verbessern, in wenigen Wochen, Monaten oder Jahren erledigt wird.

Ich bin stolz und dankbar zugleich, meine Damen und Herren. Ich bin dankbar, daß es einen Antrag der SPD-Fraktion gibt, 1 000 zusätzliche Stellen des gehobenen Dienstes zu schaffen, und ich bin stolz darauf, daß damit auch ein Einstieg in eine Umsetzung der Funktionsbewertung - ich will es einmal vorsichtig sagen - jetzt gelingt. Ich werde im Jahre 1992 eine Konzeption für den Aufstieg im Polizeidienst vorlegen; ich will das jetzt nicht im einzelnen vortragen.

Lassen Sie mich dann zum nächsten Punkt, zur Neuorganisation, etwas sagen. Sie, Herr Kollege Paus, haben ursprünglich meine Vorstellungen zur Neuorganisation kritisiert. Sie haben sich, Herr Kollege

(A) (Minister Dr. Schnoor)

Paus, dagegen ausgesprochen, daß sie umgesetzt wird. Jetzt habe ich entschieden, daß sie umgesetzt wird, und nun geht Ihnen alles nicht schnell genug. Ich kann das nicht so ganz begreifen.

Wir werden eine moderne Polizeistruktur haben, um die uns die Fachleute aller anderen Länder beneiden. Die anderen Länder hängen hier noch weit zurück; sie liegen hier übrigens auch politisch zurück. Es war für mich nicht so einfach, die neue Struktur umzusetzen und auch durchzusetzen angesichts des Interessenkonfliktes, der nun einmal bei Gewerkschaften und Organisationen hier existiert.

Ich nenne einen weiteren Punkt; das ist die Informations- und Kommunikationstechnik. Ich weiß, daß hier ein Nachholbedarf besteht. Aber es ist auch nicht alles so einfach. Es geht nicht nur um eine Frage des Geldes. Es genügt nicht, einfach Computer in einer Behörde aufzustellen, sondern sie müssen auch benutzt werden können, die Organisation muß entsprechend stehen, die entsprechenden Netze, Anwendungsberater und ähnliches müssen vorhanden sein. Haushaltsmittel stehen inzwischen genügend zur Verfügung. Ich will ganz deutlich sagen und auch dankbar vermerken, daß ich hier unterstützt werde.

(B) Wir werden auch in diesem Bereich die Polizei in einer Weise modernisieren, daß wir uns nicht zu verstecken brauchen, meine Damen und Herren. Das hat die nordrhein-westfälische Polizei noch nie nötig gehabt,

(Beifall bei der SPD)

auch wenn sie gelegentlich einmal von der Opposition fast wie eine Karikatur dargestellt wird.

Auf Projekte, wie sie Herr Appel angesprochen hat, die vielleicht nicht unbedingt zur Polizei gehören, bin ich dennoch stolz. Daß wir uns auch bemühen, Ursachen der Kriminalität zu bekämpfen, meine ich, steht der Polizei gut an - wie zum Beispiel die Drogen-disco. Es steht ihr auch gut an, sich um Fanprojekte und ähnliches zu kümmern, so wie wir in der Vergangenheit auch Konfliktbewältigungstraining und ähnliches eingeführt haben - Programme, die inzwischen bundesweit Nachahmer gefunden haben.

(C)

Ich begreife eigentlich nicht - bei aller Kritik, die nun einmal eine Opposition anbringen muß -, Herr Kollege Paus, daß Sie so scharfe Töne wählen und die Polizei in einer Weise darstellen, als ob sie nicht mit anderen konkurrieren könnte. Das ist nicht ganz sachgerecht.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß auch nicht, was es überhaupt soll, wenn ich auf der einen Seite die Vorwürfe über zu geringe Personalausstattung höre und auf der anderen Seite dann erlebe, wie Herr Kollege Schauerte wiederum die Personalausweitung im Landeshaushalt zutiefst beklagt. Er hat uns ja auch im Zusammenhang mit unserem 25jährigen Geburtstag als Regierungspartei ins Stammbuch geschrieben, wir hätten insgesamt zuviel Personalkosten.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist doch richtig!)

- Ich verstehe das sehr wohl, Herr Kollege Schauerte, aber dann sagen Sie doch einmal Ihrem Kollegen Paus, er solle dafür eintreten, daß es weniger Polizei gebe. Oder sagen Sie Ihren Bildungsexperten, sie sollten dafür eintreten, daß es weniger Lehrer, weniger Steuerbeamte und weniger Richter gebe, sonst können Sie das doch gar nicht regeln.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Was soll der ständige Hinweis zum Beispiel auf die Staatskanzlei? Wenn man das ernst nehmen müßte, was Sie hier bisher vorgetragen haben, dann müßte die Staatskanzlei inzwischen eine Personalsteigerungsquote von 200 000 % oder 500 000 % gehabt haben. Das ist natürlich alles Unsinn.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Von 112 %!)

Die Personalkostensteigerungen liegen in den großen Blöcken des Personalverbrauchs: in den Bereichen Polizei, Bildung, Schule, Hochschule usw. Dort liegen doch im Grunde die Zuwächse! Ich sage Ihnen ganz deutlich: Ich halte diese Zuwächse für notwendig, denn das Land hat Dienstleistungsaufgaben wahrzunehmen.

(A) (Minister Dr. Schnoor)

(Beifall bei der SPD)

Ich halte das für notwendig, meine Damen und Herren.

Ich beklage zutiefst, daß die Finanzausstattung des Landes es nicht zuläßt, hier mehr zu tun. Wir müßten an sich mehr tun, aber das ist eine Runde, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, die wir eigentlich gemeinsam bestreiten sollten, wenn wir um die Rechte der Länder mit dem Bund streiten.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Dazu hätte ich gerne etwas deutlichere Worte von Ihnen gehört, als hier im Einzelfall zu klagen und zu barmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen stelle ich nicht fest. Ich schließe hiermit die Beratung.

(B) Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Einzelplan 03 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/2803 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 03 in zweiter Lesung angenommen worden.

Ich rufe Nummer 4 auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Ich weise auf die Beschlußempfehlung 11/2810 sowie auf die Änderungsanträge im Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN - Drucksache 11/2904, vier Anlagen - hin. Diese Änderungsanträge werden in die Beratung einbezogen.

Ich eröffne die Beratung und erteile der Frau Abgeordneten Dr. Schraps für die Fraktion der CDU das Wort.

(C)

Abgeordnete Dr. Schraps (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Trotz der fortgeschrittenen Zeit erlauben Sie mir, daß ich, bevor ich zum Haushalt spreche, einige grundsätzliche Bemerkungen mache, und zwar zur Haushaltsberatung.

Meine Damen und Herren, wenn die Mehrheitsfraktion das, was in den letzten Wochen geschehen ist, auch nur andeutungsweise als eine Haushaltsberatung bezeichnet, so ist das im Grunde genommen eine Verhöhnung des Parlaments.

(Beifall bei CDU, F.D.P. und GRÜNEN)

Das war keine Beratung, sondern im Grunde genommen eine schlechte Komödie. Ich bedauere es außerordentlich, daß die Öffentlichkeit an diesen Erfahrungen, die die Oppositionsfraktionen auch dieses Jahr wieder machen durften, nicht teilhaben kann. Die Augen würden für die völlige Unbeweglichkeit der Mehrheitsfraktion geöffnet, und vor allem würden die Augen geöffnet für das Desinteresse an der Mitwirkung der Opposition. Das nenne ich Marionettentheater unterster Qualität.

(Zustimmung bei CDU und F.D.P.)

Und an den Strippen zieht die Exekutive, und die Legislative tanzt nach deren Pfeife.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Aigner [SPD])

- Sie müssen mir dies schon gestatten; denn das ist eine Sache, die sich jährlich wiederholt. Ich denke, Sie sollten einmal darüber nachdenken.

Ich möchte nun speziell den Umwelthaushalt ansprechen, obwohl ich weiß, daß das Beratungsdesaster nicht nur im Umwelthaushalt stattfand. In diesem Haushalt hat sich das Ministerium insbesondere im Bereich der eigenen öffentlichen Darstellung hervorragend bedient. Dagegen sind wichtige Positionen im realen Umweltschutz nur sehr schwach ausgestattet worden. Ich nenne nur wenige Bereiche: Abwasserbeseitigung, Abfallbereich, Bodenschutz, Kanalsanierung.

(D)